



## Symptomatischer Ausnahmezustand

*Text: Mirjam Aggeler*

Die soziale und ökonomische Krise, in der wir uns befinden, bringt keine unbekannteren Ungleichheiten hervor – aber sie verschärft die bereits bestehenden massiv. Oder anders gesagt: Der Ausnahmezustand ist eine Belastung für viele Menschen. Doch nicht für alle hat sie dieselben Auswirkungen. Am existenziellsten trifft es jene, die dem systemischen Würgegriff auch vor der Krise bereits am stärksten ausgeliefert waren. Dass diese Tatsache ausser Acht gelassen wird, zeigt sich schon bei der Definition der Risikogruppe. Denn für diese Gruppe werden ausschliesslich Menschen mitgedacht, deren Überlebenschancen aufgrund einer Infektion mit dem Coronavirus verhältnismässig geringer sind. Aber das ist eine viel zu enge Definition. Denn es gibt zahlreiche andere Risiken, die in der aktuellen Situation lebensbedrohlich werden können. Und zwar nicht nur durch das Virus selbst, sondern durch die Massnahmen zur Eindämmung. Zum Beispiel für Menschen, die nicht zu Hause bleiben können, weil sie kein zu Hause haben. Für Menschen, deren Zuhause kein sicherer Ort ist. Für Menschen, die mit dem Verlust ihres Jobs auch ihr Aufenthaltsrecht in der Schweiz verlieren. Für Menschen, die in den Gefängnissen oder Asylzentren keine Möglichkeit haben, sich mit den vorgeschriebenen Hygienemassnahmen zu schützen. Oder für Menschen, die neben Lohnarbeit auch noch Sorgearbeit leisten – sprich, die Kinder betreuen, Angehörige pflegen, sich um den Haushalt kümmern – und die nun über die ohnehin schon vorhandene Mehrfachbelastung hinaus, nicht wissen, woher sie die Kapazitäten für die zusätzliche Betreuungsarbeit nehmen sollen.



Risikogruppe ist aber nicht der einzige Begriff, der etwas schief in der Debatte steht. Auch der Begriff Solidarität hat in der Corona-Debatte einen fahlen Nachgeschmack bekommen. Denn durch die Schliessung der Grenzen wurde legitimiert, dass sich der Diskurs entlang einer Dialektik vom *Schutz der Unsrigen* bewegt. So hat beispielsweise kein einziges europäisches Land auf den Hilferuf von Italien reagiert. Von der verschärften Situation für die Geflüchteten *vor* den Toren dieser europäischen Gemeinschaft, gar nicht erst zu reden. In diesem Kontext ist es umso befremdlicher, dass *Solidarität*, ein Wort, das sich im Normalzustand nicht bis in die bürgerliche Mitte verirrt, plötzlich in aller Munde ist. Solidarität wird hochgehalten als gemeinsame Strategie, als Waffe gegen die Pandemie. Als verbindendes Element. Solange sie die richtigen Menschen ein- und alle anderen ausschliesst. Unsere Solidarität kennt also klare Grenzen.

### **Arbeit an der sogenannten Front**

Auch hier: Eigentlich nichts Neues soweit. Während beispielsweise die SBB entscheiden konnte, ihr Personal zu schützen, indem Kontrolleur\*innen ihre Arbeit vorübergehend einstellen, wäre eine solche Entscheidung absolut undenkbar, wenn es um die Pflege von Kranken oder um den Zugang zu Lebensmitteln geht. Der Grund liegt auf der Hand: Diese Arbeiten sind für unsere Lebensgrundlage absolut notwendig. Es sind aber bei Weitem nicht die einzigen lebensnotwendigen Arbeiten, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Auch geputzt und gekocht werden muss weiterhin, Kinder müssen betreut, emotionale Krisen müssen bewältigt werden und so weiter. All diese sogenannten Sorge- und Versorgungsarbeiten – innerhalb und ausserhalb des Lohnsegments – bilden zu *jedem* Zeitpunkt unsere Lebensgrundlage. Es sind also nicht die Arbeiten, die *jetzt* an der Front sind. Es sind die Arbeiten, die *immer* an der Front sind. Der Unterschied ist schlicht:



In der aktuellen Situation ist diese Tatsache nicht mehr zu übersehen. Ebenfalls nicht zu übersehen ist, dass ebendiese Sorge- und Versorgungsarbeiten überwiegend von weiblich sozialisierten Menschen verrichtet werden. Das kommt nicht von ungefähr. Zuschreibungen von Eigenschaften aufgrund des Geschlechts haben einen grossen Einfluss darauf, was sich Menschen zutrauen, was sie für ihr Verhalten als angemessen und wichtig erachten und was sie entsprechend verstärkt üben. Will heissen: Geschlechtsspezifische Vorstellungen bieten ein enormes Identifikationsmoment. Solange also Sorgen und Pflegen weiblich konnotiert ist, werden es auch überwiegend weiblich sozialisierte Menschen sein, die sich diesen Arbeiten widmen. Und solange werden sie für männlich sozialisierte Menschen uninteressant bleiben. Das Hauptproblem liegt allerdings weniger in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung an und für sich, sondern vielmehr in der geschlechtsspezifischen Bewertung von Arbeit.

### **Un(ter) bezahlte Arbeit**

Die Hierarchie der Geschlechter ist in die kapitalistische Funktionsweise tief eingeschrieben. Sie ist kein Unkraut, das sich widerstandsfähig und zufallsbedingt durch die Jahrtausende aus vorkapitalistischen Zeiten bis in die Gegenwart gemogelt hat. Im Gegenteil: Sie bildet zusammen mit anderen Herrschaftssystemen, wie Rassismus oder Klassismus, die *Voraussetzung* des Kapitalismus. Mit anderen Worten: Die kapitalistische Organisationsform verlangt nach diesen Hierarchien.

In Bezug auf Arbeit heisst das: Solange Sorge- und Versorgungsarbeit an die Vorstellung von Weiblichkeit gekoppelt ist, erfährt sie weniger Wertschätzung als Arbeit, die an die Vorstellung von Männlichkeit gekoppelt ist. Diese Entwertung weiblicher Arbeit zieht sich durch die gesamte Arbeitswelt: Ein Grossteil der überwiegend von Frauen verrichteten Arbeiten sind nicht entlohnt. Berufssegmente, in denen



überwiegend Frauen tätig sind, sind schlechter entlohnt als vergleichbare Berufssegmente, in denen überwiegend Männer tätig sind. Und in Berufsfeldern, die eher geschlechtsunspezifisch oder gar männlich dominiert sind, werden Frauen für dieselbe Arbeit schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen. Die Wertung bezieht sich also einerseits auf die geschlechtsspezifisch konnotierte Arbeit an und für sich; und andererseits bezieht sie sich auch direkt auf den physisch vorhandenen Körper einer Person und auf das diesem Körper zugeschriebene Geschlecht. Konkret heisst das zum einen: Arbeitsbedingungen und Löhne verschlechtern sich, sobald Frauen die Mehrheit der Arbeiter\*innen bilden. In der Wechselwirkung verlieren Männer das Interesse an diesen Arbeiten. Und zum anderen heisst es: Arbeiten, die von Frauen verrichtet werden, haben grundsätzlich weniger Wert, auch unabhängig von ihrer Konnotation. Kurz und sexistisch: Es ist nicht nur klar, wer für welche Arbeit geeignet ist, sondern auch, wessen Arbeit wieviel Wert hat.

Zu dieser strukturellen Abwertung kommt noch hinzu, dass der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen im Bereich der Sorgearbeit enorm erschwert ist. Menschen, die in diesen Bereichen tätig sind, können ihre Arbeit nicht einfach niederlegen, um zu streiken. Und zwar weil andere – wie beispielsweise Patient\*innen im Spital, Kinder in der Kita oder zu Hause – von ihnen und ihrer Arbeit abhängig sind. Sie würden im schlimmsten Fall Leben riskieren: Sie sind also emotional erpressbar. Das gilt sowohl für jegliche Pflege- und Sorge-Berufe, wie auch für die Sorgearbeit in der Familie und im sozialen Umfeld.

### **Fokus der Politik**

Dass zumindest dieser *eine Teil* der Sorgearbeit, namentlich die Pflege, in einer Krisenzeit plötzlich in den Fokus gerät, plötzlich überhaupt erst gesehen wird, lässt tief blicken. Und leider fanden wir dort unten keine

überraschende Wendung der Geschichte, sondern das Ausserkraftsetzen des Arbeitsrechts für das Pflegepersonal, während zeitgleich für die Reanimation der Marktwirtschaft Milliarden bereitgestellt werden: Das ist blanker Hohn. Der allabendliche Applaus ist nur das Echo davon. Einmal mehr wird nur allzu deutlich, worauf wir, selbst in diesem Ausnahmezustand, den grössten Wert legen: Auf die Marktwirtschaft, nicht auf das Leben. Auch das ist nichts Neues. Denn was das Gesundheitssystem an seine Grenzen bringt, ist viel weniger das Virus, als die jahrzehntelange neoliberale Sparpolitik, welche das Gesundheitswesen laufend rationalisiert und in die Profitlogik des Marktes überführt hat. Auf den Punkt gebracht: Unsere Gesundheit muss rentieren. Das ist der Grund, warum es zu wenig Betten auf den Intensivstationen gibt und warum das Personal an seine Kapazitäts- und Belastungsgrenze stösst. Dieser Zustand war auch vor der Corona-Epidemie unhaltbar – und ist es jetzt erst recht.

Feministinnen fordern deshalb seit Jahren, dass der gesamte Bereich der Sorge- und Versorgungsarbeit nicht als Kostenfaktor definiert werden darf, der laufend gesenkt werden, ja sogar Profit erwirtschaften, muss. Das ist absurd: Sorgearbeit ist unsere Lebensgrundlage! Und damit ist sie darüber hinaus auch die Grundlage, auf welcher die Existenz eines jeden Marktes überhaupt erst aufgebaut werden kann. Kurz und knapp: Ohne sie gäbe es keinen Markt – und schon gar keinen kapitalistischen. Die Frage, die bleibt, ist also, wie lange wir noch in einer Gesellschaft leben wollen, die Geld höher bewertet als das Leben.

### **Home-Office und Arbeitsunterbrüche**

Nicht nur die Lohnarbeit wurde in die privaten vier Wände verschoben, sondern auch der Schulunterricht. Das bedeutet ein massiver Anstieg von Sorgearbeit für Eltern. Der Spagat zwischen Berufs- und Familienleben ist auch ohne Ausnahmezustand eine enorme Herausforderung.

Es ist nicht nachvollziehbar, wie angenommen werden kann, dieses Kunststück verträge noch eine zusätzliche Schraube. Würden wir in einer Gesellschaft leben, die das Leben ins Zentrum stellt, wäre wohl klar, dass Menschen, die unbezahlte Sorgearbeit leisten, unter diesen Umständen von ihrer Lohnarbeit freigestellt werden müssen. In unserer Gesellschaft hingegen, die das Kapital ins Zentrum stellt, steht lediglich die Frage im Raum, wie der Heimunterricht neben all den anderen alltäglichen Betreuungs- und Sorgearbeiten an der Lohnarbeit vorbeijongliert werden kann – und zwar in gewohnt neoliberaler Manier: ganz privat. Wer diese Situation einigermaßen glimpflich über die Bühne bringt, darf getrost davon ausgehen, einer privilegierten Minderheit anzugehören.

Doch diese enorme Zusatzbelastung steigert nicht nur das Risiko einer Erschöpfungsdepression, sondern auch das Risiko von sogenannt häuslicher Gewalt. Von Gewalt also, die im sozialen Nahraum passiert, namentlich in Familien, Wohngemeinschaften oder aktuellen wie auch ehemaligen Liebesbeziehungen. Auch in diesem Gewaltspektrum ist Geschlecht ein entscheidender Faktor. Das heisst: Die Gewalt geht überwiegend von männlich sozialisierten Menschen aus, die Betroffenen sind überwiegend weiblich, trans, inter, nonbinär. Für Menschen, die mit der Gewaltausübenden Person im selben Haushalt leben, ist die Isolation natürlich verheerend.

### **Unterdrückung als Ventil**

Die Tatsache, dass die Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum, sowie soziale Kontakte im Moment stark eingeschränkt sind und, dass es im Moment schwieriger ist, sich aus dem Weg zu gehen, ist nicht die alleinige treibende Kraft im aktuell zunehmenden Trend häuslicher Gewalt; auch die Tatsache, dass die aktuelle Situation finanzielle und soziale Unsicherheiten mit sich bringt, ist ausschlaggebend: ein



drohender Jobverlust beispielsweise oder die Angst, Konkurs anmelden zu müssen, die damit einhergehenden Versagensängsten, das Gefühl, hilflos und ausgeliefert zu sein. Denn aufgrund der patriarchalen Sozialisierung findet männliche Verunsicherung und Angst ihr Ventil oft in der Unterdrückung der Partner\*in.

Wie alle anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt, ist auch häusliche Gewalt Teil derselben gesellschaftlichen Organisationsform: dem kapitalistischen Patriarchat. Die Gewalt ist aber nicht nur *das Symptom* einer Hierarchie, sie ist umgekehrt auch *der Zement*, der sie aufrechterhält. Dieser Zusammenhang ist essentiell, wird aber nur allzu oft normalisiert oder ausser Acht gelassen. Gewisse Diskurse, die den Gewalttrend im aktuellen Ausnahmezustand aufzufangen versuchen, sprechen für sich selbst: In sogenannten *Überlebenskits* für Männer mit praktischen Tipps für gewaltfreie Krisenbewältigung, wird beispielsweise betont, dass es *normal* ist, wenn sich Existenzängste in Form von Aggression gegen Partner\*innen und Kinder Bahn schlägt. Die Absicht hinter einer solch affirmativen Kommunikation ist sicher keine schlechte. Und dennoch: Um dieser angeblichen Normalität nachhaltig etwas entgegenzusetzen, ist es wichtig, zu erkennen, dass die Projektion der eigenen Unzulänglichkeit, der eigenen Verletzlichkeit auf die Partnerin System hat. Sie kommt nicht von ungefähr. Sie ist so gelernt. Und sie ist weder in Ordnung, noch ist sie *normal*. Denn eins dürfte wohl klar sein: Alle Menschen sind im Moment einem erhöhten Druck ausgesetzt. Aber nicht alle Menschen haben gelernt, sich diesem Druck durch Gewalt gegen andere zu entledigen. Deshalb reicht es auch nicht, vor die Haustür zu treten und zehnmal tief durchzuatmen, um sich derweil mit etwas Glück und Zen gegen einen Schlag ins Gesicht oder eine verbale Demütigung zu entscheiden. Das ist kein Zustand, den wir akzeptieren können. Und PS: Überleben müssen die anderen!



## Zurück geht nicht

Dass der Kapitalismus blutige Opfer verlangt, ist ebenso alt wie aktuell. Der Diskurs im Mittelpunkt der Krise bewegt sich also in erster Linie zwischen Wirtschaft retten und Leben retten – während sich das eigentliche Epizentrum einzig aus der Angst vor dem Ende des neoliberalen Traums zu nähren scheint. Und zwangsläufig passiert dieser Diskurs entlang von vergeschlechtlichten, rassistischen und klassenspezifischen Grenzen. Soweit so schon da gewesen. Denn die patriarchale und kapitalistische Wertschöpfung ist im Kern unsolidarisch: Sie stellt Profit vor Leben. Und *dieses* Leben vor *jenes*. Sie bringt nicht nur Ausbeutung hervor, sie ist auch darauf angewiesen. Und darauf, dass nicht alle gleich ausgebeutet werden. Mit anderen Worten: Die Corona-Krise ist das Symptom dessen, was wir als Normalzustand bezeichnen. Und zu diesem Normalzustand können wir nicht zurück wollen. Wenn wir die Chance, aus dieser Situation zu lernen, ergreifen wollen, müssen wir verstehen, dass und warum, es soziale Ungerechtigkeit gibt und wir müssen verstehen, dass wir um einen grundlegenden Systemwandel nicht herumkommen, wenn wir sie nachhaltig beseitigen wollen. Nicht die Marktwirtschaft und nicht die Grenzzäune, sondern die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse – sprich: die gesicherte Ernährungsgrundlage, der Zugang zum Gesundheitswesen, die gegenseitige Fürsorge, Solidarität und Unterstützung – halten unsere Gesellschaft zusammen: Und deshalb gehören sie ins Zentrum unserer wirtschaftlichen Organisation.